

Prof. Dr. Stefan Lechtenböhrer
Wuppertal Institut für Klima Umwelt Energie

Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 1. Februar 2023

NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/1692

Der Antrag der Fraktion der SPD weist darauf hin, dass die Wirtschaftsleistung (BIP) in NRW im dritten Quartal 2022 deutlich geschrumpft ist, während sie in Deutschland insgesamt im selben Zeitraum um 0,3 % gestiegen ist. Dieser Effekt wird vom ifo-Institut, von dem die zugrundeliegenden Abschätzungen stammen, für NRW im Wesentlichen auf „einen höheren Anteil energieintensiver Produktion wie die Metallindustrie“ zurückgeführt.

Damit reflektiert die Wirtschaftsentwicklung im 3. Quartal 2022 (das infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine durch teilweise extrem hohe Energiepreise gekennzeichnet war, die z. T. auf einem Niveau von mehr als dem 10-fachen des Niveaus der letzten Jahre lagen), die spezifische Wirtschaftsstruktur in NRW. Mit einem Anteil von rund 50 % der deutschen Primärstahlerzeugung und ähnlichen Anteilen bei vielen weiteren energieintensiven Grundstoffen, aber auch einem hohen Besatz an energieintensiven Weiterverarbeitern z. B. in der Metallindustrie, ist NRW ein Zentrum der deutschen (und europäischen) Grundstoffindustrie. Energieintensive Industrien haben in NRW einen besonders hohen Anteil an der Wertschöpfung und eine wichtige ökonomische Bedeutung über das Land hinaus. Gleichzeitig waren diese in NRW bedeutenden Branchen ganz besonders durch die hohen Energiepreise betroffen, was letztlich der zentrale Grund für das schlechte Abschneiden NRW im 3. Quartal 2022 war.

Neben den akut, auf nationaler und europäischer Ebene, ergriffenen Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung auch ohne Energien aus Russland und zur Abpufferung entsprechender Kostenbelastungen, ist es zur Vermeidung der in NRW besonders hohen Exposition gegenüber Preisrisiken fossiler Energieträger zentral, die Energietransformation beschleunigt voranzutreiben. Dies ist ebenso notwendig, um eine möglichst schnelle Umstellung der Grundstoffindustrien auf eine klimaneutrale Produktion zu erreichen. Denn nur, wenn es der energieintensiven Industrie in NRW gelingt, sich zügig in Richtung Klimaneutralität zu transformieren, wird sie in der Lage sein, dauerhaft am Standort NRW bzw. Deutschland zu bestehen. In diesem Sinne ist der rasche Ausbau einer erneuerbaren Energieversorgung für die NRW-Grundstoffindustrie gleich doppelt erforderlich: a) um die Verletzlichkeit gegenüber fossilen Energiepreisschocks wirksam zu verringern und b) um der Industrie eine klimaneutrale Zukunft zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund ist es extrem wichtig, dass NRW als zentraler Standort der energieintensiven Grundstoffindustrie in Deutschland und Europa eine aktive Politik einer nachhaltigen Industrietransformation betreibt. Hier ist die Landesregierung, wie auch ihre Vorgängerinnen,

z. B. über die Initiative IN4climate.NRW¹, über die entsprechenden Aktivitäten der NRWenergy4climate und der Effizienzagentur NRW oder den jüngst angekündigten Industrierpakt bereits in der richtigen Richtung aktiv. Diese Initiativen sollten sowohl zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts als auch zur Einhaltung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele fortgesetzt und verstärkt werden. Aufgrund der hohen Mittelbedarfe, der bestehenden Infrastrukturherausforderungen weit über NRW hinaus und der entsprechenden nationalen bzw. europäischen Gesetzgebungskompetenzen sollte NRW hierbei insbesondere darauf achten, die Bedarfe einer klimaneutralen Grundstoffindustrie effektiv in die Entscheidungsprozesse in Berlin und Brüssel einzuspeisen. Hier konnte NRW in den vergangenen Jahren z. B. durch die Carbon-Managementstrategie oder die Stellungnahmen von IN4climate.NRW zur Wasserstoffstrategie bereits Erfolge vorweisen.

Zentrale Strategien, die von der Landesregierung vorangetrieben bzw. im Sinne der Industrietransformation unterstützt und gestaltet werden sollten sind:

- Ein schnellerer und zugleich langfristig ausgestalteter Zugang der NRW-Industrie zu erneuerbaren Energien, der z. B. durch einen langfristigen Plan, wie im Antrag unter 5. vorgeschlagen, hinterlegt wird. Konkrete dringliche Handlungsfelder sind u. a.:
 - Planungsbeschleunigungen bei Anlagen und Infrastrukturen
 - Erschließung von Strom-, Wasserstoff- und CO₂-Trassen vor allem von der Küste zu den Verbrauchsschwerpunkten in NRW, z. B. durch entsprechende Partnerschaften mit den Küstenländern sowie den Beneluxstaaten.
 - Unterstützung der Diskussionen um einen Industriestrompreis im Kontext der Neuregulierung der Strommärkte
 - Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energieerzeugung in NRW
 - Ggf. Schaffung eines Transformationsfonds für Investitionen vor allem in erneuerbare Energien und entsprechende Infrastrukturen, der mit überwiegend privaten Mitteln u. a. der BürgerInnen in NRW strategische Beteiligungen erwirbt und so auch die Akzeptanz des Erneuerbaren-Ausbaus steigert.

- Unterstützung der Industrieunternehmen bei der Transformation zur Klimaneutralität durch z. B.:
 - Unterstützung/Ausbau entsprechender nationaler und europäischer Förderprogramme wie z. B. der Klimaschutzverträge zur Förderung von CAPEX und ggf. OPEX für klimaneutrale Produktionsanlagen.
 - Gezielte Begleitung der entstehenden europäischen Industriepolitik (Clean Industry Act, Clean Industry Package, Emissionshandel und Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), IPCEIs, Sektorale Klimaclubs, Schaffung grüner Märkte u. a. durch Standards und grüne öffentliche Beschaffung, etc.)
 - Ggf. gezielte Flankierung von NRW-Standorten bei entsprechenden Umbauplänen, z. B. durch Unterstützung und Beschleunigung der erforderlichen Genehmigungsprozesse sowie ggf. durch flankierende Förderung. Hier hat NRW z.B. Thyssenkrupp zugesagt, die erste geplante Großinvestition (tkH2Steel) für eine stark CO₂-reduzierten Rohstahlherstellung mit einem dreistelligen Millionenbetrag zu unterstützen.
 - Vernetzung der Industrie in NRW zu Themen der Transformation durch Weiterentwicklung und ggf. Ausbau der bestehenden Initiativen.

¹ <https://www.energy4climate.nrw/industrie-produktion/in4climatenrw/> (Hinweis: Ich bin als Leiter des Forschungsprojekts SCI4climate.NRW aktiv in diese Initiative eingebunden.)

- Ausbau der einschlägigen sowohl technischen als auch multidisziplinären Forschung zur Unterstützung der Industrietransformation in enger Interaktion mit Industrieunternehmen und Regionen in NRW.
 - Schaffung von Planungssicherheit für Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW durch eine klare Kommunikation der Ziele und Strategien sowie ggf. von Szenarien zur Klimaneutralität NRW.
- Durchführung erweiterter Strukturanalysen zur frühzeitigen Identifikation der mit dem Transformationsprozess verbundenen Veränderungen (z. B. Veränderungen bzw. Wegfall von Wertschöpfungsketten bzw. Wertschöpfungsverflechtungen), auf deren Basis pro-aktive flankierende Maßnahmen zu Unterstützung des Strukturwandels entwickelt werden können. Beispiele hierfür sind Strukturveränderungen, die mit einer Umsetzung einer Circular Economy oder etwa dem Einstieg in eine Wasserstoffwirtschaft verbunden sein können.
 - Aktive Förderung einer zunehmend zirkulären Rohstoffwirtschaft in NRW als wichtige Strategie zur Verringerung des Energie- und Primärrohstoffbedarfs und zur Erschließung sekundärer Ressourcen in NRW
 - Schaffung eines NRW-Industriekonsenses für eine klimaneutrale und zirkuläre (Grundstoff-)Industrie:
 Die vorstehenden Argumente zeigen, dass die Grundstoffindustrie in NRW von hoher Bedeutung für NRW, Deutschland und Europa ist und dass ihre Transformation zur Klimaneutralität und Zirkularität wichtig sowohl für die Einhaltung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele als auch ihren dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg ist. NRW kann hier aufgrund seiner Industriestruktur (zusammen mit z. B. den Nachbarländern) eine Vorreiterrolle einnehmen. Neben den oben dargestellten zentralen energie- und wirtschaftspolitischen Strategien brauchen eine nachhaltige Industrie und ihre Infrastrukturen auch eine hohe Akzeptanz am Standort. Eine solche Akzeptanz ist zudem wichtig, um auch auf Dauer junge Menschen für (vor allem naturwissenschaftliche/technische und gewerbliche) Berufe in und um die Industrie zu motivieren.
 Um das nötige Wissen und die erforderliche Akzeptanz zu gewährleisten, ist es wichtig, dass die Bedeutung und die Notwendigkeit der Strategien der Industrietransformation in der Bevölkerung breit verstanden und geteilt werden. Dies kann nur in einem entsprechend breiten und ernst gemeinten Prozess gemeinsam mit allen Beteiligten erreicht werden. Eine entsprechende Initiative der Landesregierung – zusätzlich zu den bisherigen Aktivitäten – wäre hierfür sehr wünschenswert.